

<b>Zeitschrift:</b>	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
<b>Band:</b>	67 (1976)
<b>Heft:</b>	3
<b>Rubrik:</b>	Pressespiegel = Reflets de presse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

1973 und der drauffolgenden Vervielfachung des Ölpreises allein entscheidend, ausschlaggebend oder überhaupt massgebend gewesen wären: «Die arabischen Ölländer waren die ersten, die umschalteten ...»; «... es [waren] zunächst weitblickende Regierungen ..., die beschlossen, ihren Reichtum an Erdöl langsamer auszubeuten, damit die folgenden Generationen ihrer Völker auch noch eine Lebensgrundlage hätten.»

Schwerer als dieses Märchen wiegt eine Unterlassung. Es wird zwar die Bedeutung der Energie und der Rohstoffe für die industrielle Zivilisation dargestellt und auch das Recycling als ein Ausweg (genauer: Beitrag zum Ausweg) aus der Rohstoffknappheit diskutiert, es fehlt jedoch eine eingehende Analyse der Rolle der Energie, deren Verfügbarkeit eine *Conditio sine qua non* des Recycling sein wird. In letzter Konsequenz wird ebendiese Verfügbarkeit über genügend Energie über einen gesicherten Fortbestand der technischen Zivilisation entscheiden. Bejaht man die Technik – und sei es auch nur partiell, zurechtgestutzt um echte oder vermeintliche Auswüchse –, bejaht man also die Technik mit allen ihren Annehmlichkeiten materieller, hygienisch-medizinischer und nicht zuletzt sozialer Art, so muss man sich mit der Frage der Sicherung der Energieerzeugung mit erster Priorität auseinandersetzen. Bei Gruhl unterbleibt dies aber. Das zentrale Thema der gegenwärtigen Energiekontroverse – die Kernkraftwerke – wird dabei ebenfalls mit pauschalen emotionsgeladenen Werturteilen abgehandelt. Schade: denn auch die von Gruhl als Lösung postulierte, dem «Lebensstandard ... zwischen den beiden Weltkriegen in Mitteleuropa» entsprechende *reduzierte* Technik wird sich langfristig wegen Übergangs zur umweltkonformen Recycling-Wirtschaft nur durch *gesteigerte* Energieproduktion sichern lassen.

Einen zweiten Ansatz zur berechtigten Kritik bietet die – immerhin mit den meisten verwandten Werken einschliesslich der Studien für den Club of Rome gemeinsame – Tendenz der Suche nach einem *Gleichgewicht*. Ist aber ein Gleichgewicht in dem von Gruhl benutzten Sinne eines stabilen, *unveränderlichen* und mit den Randbedingungen (= Natur) *immer* im Einklang stehenden Zustandes für soziale Systeme überhaupt denkbar? (Und wie können die Randbedingungen überhaupt anders eruiert werden als durch deren Überschreitung und die daraus folgenden schmerzvollen Rückführungskrisen? Warum haben wir sonst die ökologischen Krisen der Gegenwart nicht schon «zwischen den beiden Weltkriegen» antizipiert, zu welchem Zustand wir nach Gruhl zurückzukehren haben werden?) Moderne kybernetische Forschungen legen den Schluss nahe, dass organische, biologische und soziale Systeme, ganz allgemein Strukturen mit Energie-

durchsatz (sog. dissipative Strukturen), *stabile Ordnung fern vom Gleichgewichtszustand* aufzubauen imstande sind (wo sie dann durch Selbstorganisation die notwendige Entropieabnahme erzielen) und dass umgekehrt statistische Gleichgewichtszustände bei solchen Systemen durchaus instabil sein können. Jantsch hat erst kürzlich die entsprechenden Arbeiten der Schule um Prigogine in seinem «Design for Evolution» (erschienen 1975 bei Braziller/New York) ausgewertet. Die Lektüre dieser Monographie lehrt einen, mit den Begriffen «Gleichgewicht», «Gleichgewichtswirtschaft», «im Gleichgewicht mit der Natur» usw. etwas vorsichtiger umzugehen.

Apropos Entropie: Gruhl beansprucht als Generalist die Freiheit, nicht auf allen Spezialgebieten seiner Gesamtschau Fachmann sein zu müssen. Es wäre auch zuviel verlangt. Wenn er aber der *Entropie* einen eigenen Abschnitt widmet, so darf der Leser erwarten, dass sich der «Generalist» von einem der von ihm vielgeschmähten «Fachleute» erklären lässt, dass Entropie eine thermodynamische Zustandsgrösse ist (wie Temperatur, Energie usw.) und *kein Vorgang* (wie Erwärmung, Mischen usw.). Sätze wie «Man nennt diesen Vorgang Entropie» oder «die menschliche Betätigung [übertrifft] jetzt die natürliche Entropie» hätten schon vom Verlagslektor korrigiert werden sollen.

Immerhin, es gibt auch originelle und interessante, zum Nachdenken anregende Passagen. Zuzustimmen ist dem Autor, wenn er nach mehr systematischer Forschung über das generelle Verhalten der Weltwirtschaft bzw. des sozio-ökonomischen Weltsystems verlangt. Bemerkenswert ist seine Analyse der Überlebenschancen verschiedener Zivilisationsstufen bei Knappheitskatastrophen – die davon ausgeht, dass die hochtechnische Zivilisation aufgrund ihrer extremen Arbeitsteilung und zentralisierten Versorgung stark störungsanfällig ist (z. B. Wasserversorgung, Müllabfuhr, Nahrungsmittelbeschaffung). Die nichtentwickelten Gebiete haben es bezüglich der Sicherung ihrer primitiven Lebensweise eindeutig leichter. Nur: Ob uns die zu befürchtenden Katastrophen allein vor solche Probleme stellen werden, die mit primitiven Mitteln zu lösen wären, ist ungewiss. Und aus der Superiorität der Überlebenschancen der Primitiven die Notwendigkeit einer Rückentwicklung zur «intermediären» Technologie abzuleiten, ist zumindest voreilig.

Alles in allem ein Buch, das zum Überlegen, aber auch zum Widerspruch aufrüttelt. Schade, dass der Autor seinen eigenen Beitrag nicht straff auf fünfzig Seiten einer Broschüre untergebracht hat, ohne Ballast der Literaturzitate und der Rekapitulation des Allzubekannten – das Buch hätte gewonnen.

Emil Kowalski

## Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

### Wir greifen heraus

Wir sind uns leider daran gewöhnt, dass wir in der Schweiz immer unter Zugzwang stehen. Für einmal haben wir jedoch ausserordentlich Glück, nämlich in der Energiepolitik. Ohne Konzept, ohne Kompetenzen standen wir bisher den Problemen der Energieversorgung gegenüber. Der Ölschock vom Herbst 1973 hat uns allen die Augen geöffnet und den zuständigen Instanzen Beine gemacht, ein Energiekonzept auszuarbeiten. Die wirtschaftliche Rezession erweist sich in diesem Zusammenhang als willkommene Hilfe, weil sie zu einem anhaltenden Rückgang im Energieverbrauch geführt hat. Nach den neuesten Daten ist im abgelaufenen Jahr sogar der Verbrauch an elektrischer Energie erstmals leicht um ein halbes Prozent zurückgegangen. Die Wasserversorgung war ausgezeichnet, die Stauseen sind gefüllt. Auch das Wetter meinte es gut mit uns. Dennoch dürfen wir uns

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

über die längerfristige Entwicklung keine Illusionen machen. Die Industrie und die Bahnen haben weniger Strom gebraucht. Im Bereich der Haushalte, der Landwirtschaft und des Gewerbes dagegen hat der Konsum weiterhin zugenommen. Bei einem Wiederaufschwung der Wirtschaft wird auch der Stromverbrauch insgesamt wieder steigen. Deshalb gilt es, die wenigstens energiepolitisch willkommene Atempause zu nutzen und die Grundlagen für eine schweizerische Energiepolitik zu erarbeiten und dann auch danach zu handeln. Heute schon stammt fast ein Fünftel unserer Stromerzeugung aus Kernkraftwerken. Wir werden auf weitere nicht verzichten können, um so weniger, als wir ja auch die übermässige Ölabhängigkeit abbauen sollten. Auf keinen Fall dürfen wir wie bisher weiterwursteln. Kernkraftwerke sind eine nationale Aufgabe. Ihr Bau darf nicht nur von Renditeüberlegungen abhängen. «Die Tat», Zürich, 12. Dezember 1975

## Pour un approvisionnement sûr en énergie

(ATS) – Un comité d'action bernois pour un approvisionnement sûr en énergie s'est créé en vue de rendre objective la discussion relative à l'énergie «en tenant compte de la surconsommation actuelle de pétrole». Selon un communiqué, ce comité considère la construction d'un nombre déterminé de centrales nucléaires comme seule alternative réalisable dans un délai raisonnable pour éviter à long terme une catastrophe écologique.

«La Suisse», Genève, 5 décembre 1975

## L'approvisionnement de la Suisse en combustible nucléaire ne semble pas compromis

La firme américaine Westinghouse Electric Corp. a récemment décidé de rompre ses contrats de livraison de combustible nucléaire à une vingtaine de centrales électriques avec effet dès 1978. Au surplus, les livraisons seront fortement diminuées jusqu'à cette date. La nouvelle a été rendue publique il y a peu de temps à New York, comme le rapporte le «New York Times» dans son édition du 11 novembre.

En Suisse, où la nouvelle était parvenue par les canaux diplomatiques depuis quelques semaines déjà, on ne semble pas s'inquiéter outre mesure de la décision de Westinghouse, décision qui ne devrait pas affecter l'approvisionnement en uranium de notre pays. Deux centrales suisses, construites par Westinghouse, fonctionnent actuellement, Beznau I et II, dans le canton d'Argovie. La troisième centrale en opération, celle de Mühleberg dans le canton de Berne, est une réalisation de General Electric<sup>1)</sup>.

Pour étayer cette assurance, un porte-parole d'EOS (Energie de l'Ouest-Suisse) nous a déclaré que les contrats rompus par Westinghouse portent sur la fourniture complète de la recharge en combustible d'une centrale nucléaire, soit l'achat du minerai aux sociétés extractrices, le processus d'enrichissement, et la livraison proprement dite. Pour des raisons économiques évidentes, ces contrats conclus à long terme à un moment où l'uranium coûtait entre 6 et 8 dollars la livre étaient devenus financièrement insupportables pour Westinghouse à cause de la hausse des prix intervenus entre-temps, le minerai coûtant à l'heure actuelle trois fois plus, soit environ 24 à 26 dollars la livre.

Les centrales suisses, en revanche, y compris Beznau I et II, ont adopté un plan de fourniture en combustible qui les rend beaucoup plus indépendantes. Les sociétés exploitantes achètent elles-mêmes directement le minerai, qu'elles confient ensuite à des usines d'enrichissement, sur la base de contrats différents. Au total, les fournisseurs d'uranium de la Suisse sont au nombre de sept ou huit. On n'a pas encore enregistré de rupture de contrats de leur part.

Quant à savoir si la forte hausse du prix de l'uranium, où la décision de Westinghouse, pouvait avoir un effet négatif sur le développement de l'énergie nucléaire, le porte-parole l'EOS ne semble pas faire preuve de pessimisme en ce qui concerne la Suisse en tout cas. La raison tient à la faible part qu'occupe le prix du minerai d'uranium dans le coût total d'exploitation d'une centrale nucléaire, soit seulement 10 % environ.

<sup>1)</sup> Les autres centrales prévues en Suisse ne sont pas non plus des réalisations de Westinghouse. Il s'agit de Gösgen-Däniken, en cours de construction, de Leibstadt et Kaiseraugst. Quant à Verbois, dans le canton de Genève, pour laquelle aucune autorisation n'est effective pour l'instant, les soumissions n'ont pas encore été faites.

Enquête de Joël Redalié

«Journal de Genève», Genève, le 14 novembre 1975

## Zum Thema «Stagnierender Elektrizitätsverbrauch»

Die nüchternste Information des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft über die Entwicklung des Elektrizitätsverbrauches während des hydrologischen Jahres 1974/75 kann, ohne besonderen Scharfsinn anzuwenden, durch folgende Feststellungen ergänzt werden: Der Verbrauchsstatistik ist zu entnehmen, dass unter dem Druck der rezessiven Veränderungen in der Wirtschaft der Konsum an elektrischer Energie im Sektor Industrie um 6% und bei den Bahnen um 5½ % zurückgegangen ist. Es muss und kann daher angenommen werden, dass auch im engeren Sektor Gewerbe, das heißt ohne Haushalt und Landwirtschaft, ein ähnlicher Rückgang eingetreten sei. Nun ergibt aber die Statistik im Gesamtsektor Haushalt, Gewerbe und Landwirt-

schaft eine Verbrauchszunahme von 3½ %. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass der Verbrauch im engeren Sektor Haushalt, könnte man das Gewerbe ausklammern, noch viel stärker zugenommen haben muss. Wo bleibt denn da die in unserem Volk sogenannte weitverbreitete Bereitschaft, spontan Energie zu sparen, von der die unrealistischen Kritiker unserer langfristigen Energiebeschaffungspolitik nicht müde werden zu berichten?

Diese Jahresstatistik beweist einmal mehr, dass die mittel- und langfristige Bereitstellung von zusätzlichen elektrischen Energiemengen nicht in erster Linie von der Industrie, dem Gewerbe und den Bahnen ausgelöst wird, sondern mindestens so stark vom einzelnen Einwohner und seinen direkt ausgelösten Bedürfnissen. Es wäre angesichts solcher nicht zu widerlegenden Feststellungen bestimmt viel wirkungsvoller, wenn die Atomkraftwerkgegner, angefangen von den in Angst kampierenden Fanatikern über die im Fahrwasser der Nostalgiewelle fischenden Politiker und Redaktoren bis zu den sogenannten allerhöchsten Sachverständigen, sich vermehrt dem Problem der Energieverschwendungen zu Hause beim einzelnen Bürger zuwenden würden.

Das Ergebnis der Stromstatistik 1974/75 bestätigt doch schlicht und einfach, dass trotz sogenannter «Grundwelle gegen jeden weiteren Kraftwerkbau» weder Herr noch Frau Schweizer bereit sind, auch nur eine Kilowattstunde einzusparen, ohne dass sie nicht mit behördlicher Gewalt dazu genötigt werden. Man wird entgegnen, die Notwendigkeit dazu sei nicht vorhanden gewesen. Wo bleiben dann aber die sogenannten Tiefenwirkungen des Theaters um Kaiseraugst, der seitenlangen Diskussionen in der Presse und der breitgewalzten Reportagen in den Massenmedien zum ganzen Energiekomplex?

Unsere Behörden, die es mit der Verantwortung ernst nehmen, sind nach wie vor gut beraten, wenn sie auch in Zukunft ihre Massnahmen auf Tatsachen und nicht auf eine nicht vorhandene Verzichtbereitschaft unserer Bevölkerung bezüglich Energieverbrauch abstützen werden.

Peter Geilinger

Leserbrief aus «Der Landbote», Winterthur, 19. Dezember 1975

## Elektrizitätsversorgung ist Sache der Gemeinde

Aus dem Gemeinderat

(Mitg.) Seit einiger Zeit bewilligt die Elektrizitätsversorgung keine elektrischen Raumheizungen mehr, da in verschiedenen Gebieten unserer Gemeinde die Querschnitte der Kabel nicht mehr genügen. Gegen einen solchen Ablehnungsentscheid hat ein Abonnent beim Departement des Innern des Kantons Aargau Beschwerde geführt. In der Stellungnahme führt der Vorsteher des Departementes des Innern an, dass die Gemeinde in Fragen der Finanzierung ihrer Elektrizitätsversorgung eine relativ grosse selbständige Entscheidungsfreiheit besitzt. Bei der Beurteilung der Lieferkapazität noch vorhandener Reserven, der künftigen Gestaltung des Leitungsnetzes usw., geht es um Fragen, die zu überprüfen der Aufsichtsbehörde nicht zusteht. Sie werden weitgehend durch die örtlichen Verhältnisse bestimmt, die von der Aufsichtsbehörde nur schwer abgeschätzt werden können. Ob nun Speicherheizungen zu bewilligen und zu beliefern sind, ist ein Problem der praktischen Betriebspolitik und keine Rechtsfrage. Mit der Anordnung, dass vorderhand keine solchen Heizungen mehr zugelassen werden, hat die Elektrizitätskommission Seon, bzw. der Gemeinderat, weder Vorschriften des Reglements noch andere Normen übergeordneten Rechts verletzt. Der Verwaltungsbehörde kann auch kein willkürliches Handeln vorgeworfen werden, das den Grundsatz der Rechtsgleichheit missachtet hätte. Das Departement des Innern hat daher die Beschwerde des Abonnenten abgewiesen.

«Freiamter Tagblatt», Wohlen, 28. November 1975

## Sonnige Prognosen?

Das 3. Symposium der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie (SSES) äusserte sonnige Prognosen: Nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Gösgen sei jedes weitere Kernkraftwerk in den nächsten Jahren überflüssig, vorausgesetzt, man würde voll auf die Ausnutzung der Sonnenenergie setzen.

Angesichts der drohenden Energieverknappung und unserer einseitigen Abhängigkeit vom Erdöl sind solche Prognosen

durchaus erfreulich, sie haben nur einen Nachteil: Noch sind sie nichts weiter als Spekulation und Glaube. Doch eben, «vor dem Glauben gilt keine Stimme der Natur», sagte der Grossinquisitor in Schillers *Don Carlos*. Die Stimme der Natur aber lehrt uns gerade in dieser Jahreszeit, dass für die Nutzung der Sonnenenergie die klimatischen Voraussetzungen ungünstig sind. Um diesen Nachteil auszugleichen, wären Langzeit-Speicherungsanlagen notwendig, die aber heute noch nicht realisierbar sind. Auch die Aussicht, dass unser Land von Sonnenkollektoren übersät sein soll, ist nicht gerade verheissungsvoll. Zum Vergleich: 50 km<sup>2</sup> Kollektorenfläche, was der Grösse des Thunersees entspricht, wären notwendig, um die Leistungskraft eines einzigen heutigen Kernkraftwerkes zu erbringen, was schon rein bezüglich des Landschaftsbildes eine recht fragwürdige Angelegenheit sein dürfte. Auch wäre es interessant zu wissen, ob bei grösseren Sonnenkraftwerken durch Wärmekonzentration und Wärmeentzug nicht umweltbelastende und -verändernde Folgen auftreten können.

All dies soll keineswegs bedeuten, dass die Nutzung der Sonnenenergie nicht auch weiterhin Gegenstand umfassender Untersuchungen sein soll. Eine langfristige Energiepolitik muss alle Möglichkeiten berücksichtigen. In absehbarer Zeit aber wird den Solaranlagen keine nennenswerte Bedeutung zukommen können. Es wäre unklug, auf unsichere und unerprobte Möglichkeiten zu setzen und auf das Bewährte und Vorhandene zu verzichten. Möglich, dass die ferne Zukunft neue Energiequellen bringen wird; von diesen vagen Hoffnungen lässt sich jedoch im kommenden Jahrzehnt nicht leben. **P. K.**

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 17. Dezember 1975

## Wasserkraftwerke und Umweltschutz

Bewirken die Erdölversteuerung, die wachsende Opposition gegen Kernkraftwerke und ganz allgemein der Zwang zum Überdenken der Energiepolitik, dass seinerzeit uninteressant gewordene Projekte für Wasserkraftwerke wieder aus der Schublade hervorgeholt werden? Droht somit, so fragen um den Umweltschutz Besorgte, den letzten frei fliessenden Bächen und Flüssen erneut Gefahr? Zusätzlichen Auftrieb hat die Diskussion durch eine kürzlich verbreitete Pressemeldung erhalten, wonach die beiden Bündner Gemeinden Somvix und Vrin den Bau des seit vielen Jahren geplanten *Greina-Kraftwerkes* fordern und das entsprechende Projekt zurzeit von einer Ingenieurunternehmung überarbeitet wird.

Nun ist nicht zu bestreiten, dass es gerade auch aus ökologischer Sicht gute Gründe für eine möglichst intensive Nutzung der Wasserkräfte gibt, denn diese sind eine *erneuerbare und einheitliche Energiequelle*, die sich ausbeuten lässt, ohne dass die Umwelt durch Schadstoffe und Wärme belastet wird. In Anbetracht dieser Vorzüge gelangen etwa die Verfasser der vom *Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke* gemeinsam mit BBC und Sulzer herausgegebenen Studie über die künftige Versorgung der Schweiz mit Wärme und Elektrizität zum Schluss, dass sich zwar die Möglichkeit zur Nutzung der Wasserkraftwerke praktisch dem Ende nähert, dass aber dennoch jede Gelegenheit ergriffen werden sollte, die wenigen verbleibenden Projekte zu verwirklichen, «die bezüglich Gewässerökologie und Eingriff in die Landschaft noch tragbar sind».

Obwohl diese Überlegungen viel für sich haben, ist in nächster Zeit *kein neuer Bauboom* in den Alpentälern und längs der noch unverdorbenen Flussabschnitte im Mittelland zu erwarten. Die meisten Projekte ruhen, so wird von massgeblicher Seite versichert, weiterhin in der Schublade oder werden auf kleinem Feuer weiter bearbeitet, weil man, wie beispielsweise im Falle Greina, prüfen will, ob die Konzession zu verlängern ist und ob sich allenfalls der Bau einer Pumpspeicheranlage anstelle der ursprünglich vorgesehenen umfassenden Nutzung als zweckmässiger erweisen könnte.

Das nach wie vor eher geringe Interesse der Elektrizitätswirtschaft am Bau zusätzlicher Wasserkraftwerke erklärt sich aus der Überlegung, dass weitere solche Anlagen, vor allem wenn es sich um kleinere handelt, keinen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Deckung der prognostizierten Bedarfzunahme zu leisten vermöchten und dass das Schwergewicht primär aus wirtschaftli-

chen, aber auch aus ökologischen Gründen weiterhin bei der *nuklearen Stromerzeugung* zu liegen hat. Dass diese Konzeption den Bau einer Anzahl von *Pumpspeicherwerken* bedingt, die es braucht, um einen Teil der aus den Kernkraftwerken anfallenden Bandenergie in Spitzenenergie zu verwandeln, ist bekannt. Doch vorläufig eilt es auch mit der Errichtung solcher Anlagen nicht sonderlich, da das Ausgleichsvermögen der bestehenden alpinen Saisonspeicherwerke noch immer relativ gross ist. Zurzeit wird die Pumpspeicherkapazität von *Hongrin* über dem Genfersee nur zur Hälfte beansprucht, und überdies befinden sich im *Oberhasli* und im *Sarganserland* zwei für den Umwälzbetrieb konzipierte Anlagen im Bau.

Kein Grund also zur Beunruhigung für jene Kreise, denen der Schutz der Gewässer und der Landschaft besonders am Herzen liegt? Die Antwort hängt davon ab, ob sie lediglich die unmittelbare oder auch die fernere Zukunft im Auge haben. Um heute auf die Barrikaden zu steigen, besteht kein Anlass. Gerade deshalb wäre aber vielleicht der Augenblick günstig, mit der Elektrizitätswirtschaft das Gespräch auf einer mehr grundsätzlichen Ebene zu suchen. Es könnte sich als nützlich erweisen, in einem Zielkonflikt, in dem man nur mit Kompromissen weiterkommt, im beidseitigen Interesse *Richtlinien und Prioritäten* zu diskutieren. Auseinandersetzungen um konkrete Projekte im fortgeschrittenen Stadium führen erfahrungsgemäss rasch zur Polarisierung und zur Polemik. Sie waren bisher in der Regel für beide Seiten unerschöpflich, für die Vertreter des Umweltschutzes, weil sie sich bestenfalls Konzessionen einhandeln konnten, für die projektierten Werke, weil sie kostspielige Zeitverluste hinzunehmen hatten. Der damit verbundene Ärger liesse sich vermutlich verringern, wenn sich beide «Parteien» frühzeitig, abseits von Kontroversen um bestimmte Vorhaben, darüber unterhalten würden, inwiefern sich ein Konsens erzielen liesse. Selbst die klare Erkenntnis, wo und warum die Meinungen auseinandergehen, wäre ein Gewinn. **scr**

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 28. Dezember 1975

## A qui appartiendront les barrages demain?

A qui appartiendront demain les barrages valaisans, demain c'est-à-dire lorsque sera survenue l'échéance des concessions accordées par les communes ou le canton? On sait que d'importantes sociétés, extra-cantoniales pour la plupart, ont été autorisées à exploiter les eaux valaisannes ici et là en principe pour une durée de cent ans. Le jour approche où les premières concessions arrivent à échéance. Certaines sont pour avant l'an 2000, d'autres même pour ces prochaines années, dont l'une pour 1977. Les communes intéressées et le canton ne seront pas contraints alors de renouveler ces concessions. Il est possible même que certaines communes décident d'exploiter à l'avenir elles-mêmes le barrage. Il faudra dès lors bien sûr racheter les installations, ce qui est impensable dans bien des cas.

Toujours est-il que tout cela pose certains problèmes. La question fut soulevée au Grand Conseil.

C'est pour résoudre ces problèmes que l'on vient de fonder dans le canton en fin de semaine «l'association en faveur de l'exploitation par les collectivités publiques de l'énergie hydroélectrique dans le canton». Cette association a pour but précisément d'étudier les moyens à mettre en œuvre en vue de la reprise par le canton et les communes des installations des forces hydrauliques au fur et à mesure de l'échéance des concessions, selon une politique concertée dans l'intérêt de la Suisse, du canton et des communes.

Des spécialistes du droit, de l'économie, de la politique, de la finance font partie de cette association qui donnera en janvier prochain une conférence de presse en la matière. Tous les problèmes posés par l'échéance des concessions seront ainsi étudiés en temps voulu. La société a décidé de s'adjointre un conseil d'experts qui sera à disposition comme consultant.

«Le Valais n'entend pas jouer aux Arabes de l'eau» a déclaré vendredi l'un des membres de cette association, mais nous voulons que les intérêts du canton et des communes soient sauvegardés. Quoi qu'il en soit nous entamerons tous les pourparlers en tenant compte de l'intérêt également du pays en général. **Te**

«La Liberté», Fribourg, 21 décembre 1975